

# Frage 17

## Wie habt Ihr die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung organisiert. Welche persönlichen Erlebnisse hattest Du?

Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung fand in den Jahren 1951/52 statt. Ihr waren 3 Jahre vorausgegangen, in denen die Absichten, eine Remilitarisierung der Bundesrepublik auf Biegen oder Brechen durchzudrücken, immer deutlichere Konturen annahmten.

Hier einige Meilensteine der Remilitarisierung:

Im Oktober 1949 wurde das Petersberger Abkommen abgeschlossen, das die enge Zusammenarbeit der Militärs der westlichen Besatzungsmächte mit der Adenauer-Regierung beinhaltete. Gegen dieses Petersberger Abkommen hatte es große Demonstrationen gegeben, an denen auch ich teilgenommen habe. Ich wohnte damals in Mannheim und war dort aktiv in der FDJ. Ich erinnere mich an eine große Demonstration in der Mannheimer Neckarstadt, die von berittener Polizei brutal zusammengeschlagen wurde. Ich habe auch an der großen bundesweiten Demonstration der FDJ auf den Petersberg und nach Bonn teilgenommen, die in Bonn ebenfalls brutal zusammengeschlagen wurde. Ich bezog, wie viele andere auch, Prügel, landete auf dem Polizeiauto und im Polizeigefängnis.

Im August 1950 überreichte Dr. Adenauer dem USA-Verteidigungsminister, der damals durch die BRD reiste, ein Memorandum über einen deutschen Verteidigungsbeitrag, das er noch nicht einmal vorher dem Bundestag vorgelegt hatte. Als der damalige Innenminister und spätere Bundespräsident Heinemann das Memorandum zur Einsicht verlangte, weigerte sich Adenauer, es auszuhändigen. Heinemann trat daraufhin aus Protest zurück.

# Frage 17

Das alles machte die Bevölkerung hellhörig und sensibel und die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung wuchs. Es entstand die „Ohne-Mich-Bewegung“, die sich später zur „Ohne-Uns-Bewegung“ entwickelte und die breite Kreise Westdeutschlands erfasste. Das war zunächst eine spontane Reaktion der Bevölkerung auf die Pläne der Remilitarisierung. Der Widerstand äußerte sich in verschiedenen Formen. Das waren zunächst ganz individuelle Handlungen: Kriegerwitwen, Waisen, Invaliden, Opfer des Krieges also schrieben Protestbriefe und führten Versammlungen durch. Damals entstand die Form der Stubenversammlungen, d.h. man traf sich im kleinen Kreis von Freunden, Bekannten und Nachbarn, um über die Remilitarisierung zu reden. Bald tauchten Plakate und Klebezettel auf mit dem Zeichen F, das war das Synonym für Frieden.

Der Bonner Vizekanzler Blücher musste damals zugeben, dass 99% der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung sind. Die „Ohne-Mich-Bewegung“ wuchs und nahm allmählich organisierte Formen an.

Das führte im Januar 1951 zu einer Versammlung mit 1700 Teilnehmern in Essen. Diese verlangten eine Volksbefragung: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951?“

Die Öffentlichkeit reagierte positiv auf diese Forderung. In viele Orten begannen dafür Unterschriften, es kam zur Gründung von Aktionsausschüssen.

Obwohl die Behörden der Unterschriftensammlung für eine Volksbefragung Widerstand entgegensetzten und Schwierigkeiten machten, erbrachten die ersten Erfahrungen in einigen Städten und Dörfern eine Mehrheit von 80% - 95% gegen die Remilitarisierung. In zahlreichen Städten fanden auch große Demonstrationen gegen die

# Frage 17

Remilitarisierung statt. Es entstand ein zentrales Arbeiterkomitee, das seinen Sitz in Essen hatte und das in allen Bundesländern Arbeiterkonferenzen organisierte. Es bildete sich ein Hauptausschuss der Volksbefragung. Ihm gehörten u.a. folgende Persönlichkeiten an:

- Wilhelm Elfes, Mitbegründer der CDU und früherer Oberbürgermeister von Mönchengladbach,
- Helmut von Mucki, erster Offizier des Kreuzers Emden im ersten Weltkrieg,
- General a.D. Henschel, ehemaliger General der Luftwaffe,
- Edith Horet-Menge, Stadträtin der SPD in München,
- Walter Staubitz, Bürgermeister, SPD-Mitglied,
- Grete Thiele und
- Oskar Neumann von der KPD.

Der Umfang der Volksbewegung erschreckte die regierenden Kreise der BRD. Während die Regierung der DDR bereit war, die Volksbefragung durchzuführen, stellten als Erste leider die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag in Bonn die Forderung, die Volksbefragung als ungesetzlich zu erklären. Das Verbot erfolgte am 24.4.1951.

Zuvor hatte das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, das von Jakob Kaiser geleitet wurde, in den verschiedenen Städten und Großbetrieben Plakate anbringen lassen, auf denen folgender Text stand: "Wer an der kommunistischen Volksbefragung teilnimmt, gefährdet den Frieden und stellt sich in den Dienst des Bolschewismus."

Der Bonner Innenminister Lehr drohte, Polizeiverbände gegen die Teilnehmer der Volksbefragung einzusetzen. Es blieb nicht bei der Drohung. Es gab nicht nur den "Blutsonntag", an dem Philipp Müller ermordet wurde, es gab zahlreiche Gewaltakte gegen

# Frage 17

Demonstrationen, z.B. gegen 10000 Opfer des Faschismus, die sich in Gelsenkirchen zu einer Friedenskundgebung versammelt hatten.

Ungeachtet aller dieser Schikanen wurde die Volksbefragung von April 1951 bis April 1952 durchgeführt. 8 Millionen Bürger Westdeutschlands beteiligten sich daran. Sie sagten Nein zur Remilitarisierung und gegen die Politik der Spaltung Deutschlands.

Bei der Durchführung der Volksbefragung gab es die unterschiedlichsten Formen und Methoden. Es gab Abstimmungen in Versammlungen von Parteien und Organisationen, in Betriebsversammlungen, Vereinsversammlungen, Kinos und Kulturveranstaltungen ja in Theater. Es gab Abstimmungen vor Betrieben und in Wohnungen.

Ich z.B. habe damals die Volksbefragung in Mannheim mit organisiert und durchgeführt. Wir standen morgens vor den Betrieben und verteilten Flugblätter, welchen wir Stimmzettel beigefügt hatten. Wir teilten den Kollegen mit, dass wir nach Feierabend mit Urnen vor dem Betrieb stünden und die Zettel einsammeln würden. Wir baten die Kolleginnen und Kollegen, ihren Stimmzettel schon auszufüllen und abends in die Urne zu werfen, was von bis zu 90% der Belegschaften so gemacht wurde. Oft erschien die Polizei und beschlagnahmte unsere Urnen. Wir beriefen uns dann darauf, dass die Polizei die beschlagnahmten Gegenstände bescheinigen müsste und die Polizisten waren dazu auch bereit. Sie bescheinigte uns, soundsoviele Urnen, mit soundsovielen Stimmzetteln, davon soundsoviel Ja-Stimmen und soundsoviel Nein-Stimmen beschlagnahmt zu haben. Damit hatten wir sozusagen sehr schnell vor Ort die amtliche Bestätigung unserer Tätigkeit. Die Bescheinigungen lieferten wir dann beim Volksbefragungsausschuss in Mannheim ab.

Wir führten auch sehr viele Volksbefragungen bei Hausbesuchen in Wohnungen durch, mit einem Wort gesagt, wir waren damals Tag für Tag, Woche für Woche unermüdlich für den Frieden unterwegs.